



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/149 - 2.7.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Wiedervereinigung - Fassade und Hintergrund	S. 1
Um die Lösung der italienischen Regierungskrise	S. 3
Kommunisten "Friedensfreunde" und Naivlinge	S. 5
Zum Ende der "Täglichen Rundschau"	S. 6

Zwei Wochen bis Genf

sp - Genau in 14 Tagen wird die Konferenz der Großen Vier in Genf beginnen. Der, der dieses Ziel seit Jahren am konsequentesten verfolgt hat, Winston Churchill, fehlt. Es wird die erste Begegnung dieser Art seit Potsdam, seit zehn Jahren, sein. In diese Zeit fällt die Periode des Kalten Krieges, dessen Friedensschluss nun vorbereitet werden soll.

Diese zwei Wochen werden eine verwirrende Fülle von Nachrichten, Vermutungen und stimmungserzeugenden Manövern bringen. Leider muß man auch in diesem Fall sorgfältig zwischen dem unterscheiden, was offiziell, und sehr oft mit propagandistischer Absicht, gesagt wird, und dem, was hinter den Kulissen spielt. Das erste ist, der Natur der Sache nach, bekannt. Um das zweite festzustellen, ist man auf Äußerungen besonders gut unterrichteter, aber durch kein Amt und keinen offiziellen Auftrag gebundener Politiker angewiesen.

In den Bereich der offiziell erklärten Politik gehört die amerikanische (Eisenhower und Dulles) und neuerdings auch englische (Nutting) auffallend nachdrücklich betonte Bereitschaft, bei den kommenden Verhandlungen die deutsche Wiedervereinigung sehr stark in den Vordergrund zu stellen. (Die Regierung in London verwahrt sich übrigens etwas aufgeregt gegen die Frage großer englischer Blätter, wie des "Observer", ob der Westen vielleicht eine "unerklärte" Politik habe, die auf eine fortgesetzte Teilung hinausläuft.) Das amtliche Paris verhält sich anders: Die deutsche Wiedervereinigung sei keineswegs das

Hauptproblem. Der beherrschende Gesichtspunkt in den sowjetischen Analysen schließlich ist der Hinweis auf die Notwendigkeit einer allgemeinen Entspannung durch Gespräche über Abrüstung und kollektive Sicherheit, was Deutschland betrifft, so steht hier das Bedürfnis nach einer Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik im Vordergrund.

Aber der Hintergrund ist leider sehr viel düsterer als die Fassade. Walter Lippmann, bestunterrichtet, aber nicht amtlich gebunden, schrieb am 25. Juni, Dr. Adenauer wünsche nicht - das sei bei seinem Besuch ganz klar geworden und die westlichen Regierungen hätten darin mit ihm übereingestimmt - jetzt über die deutsche Wiedervereinigung zu verhandeln. Er beabsichtige, überhaupt erst über die deutsche Ostgrenze zu sprechen, wenn die westdeutsche Armee steht und die Bundesrepublik zum führenden Europamitglied der NATO geworden ist. Zwei Tage später sprach Lippmann davon, dass man vom amerikanischen Standpunkt aus der Wiedervereinigung schon wegen des vorgeschobenen Warnsystems nicht zustimmen könnte. Dies ist eine Äußerung für viele andere ähnliche. Auch westdeutsche Beobachter, die in den USA Gelegenheit zu gründlicher Unterrichtung hatten, sind mit gleichen Einrückern zurückgekommen.

Selbst für den Kanzlerbesuch in Moskau, im Herbst, scheint die Frage der Wiedervereinigung ganz im Hintergrund zu stehen, wenn sie überhaupt aufgegriffen werden sollte. Es wurden dieser Tage konkrete Informationen über Bemerkungen Adenauers zu seinem Moskauer Fahrplan bekannt, geäußert in einem kleinen Kreis von Parteifreunden, die eben darauf hinausliefen und unwidersprochen blieben. In dem Berliner Bericht einer großen südwestdeutschen Zeitung war die ironische Bemerkung eines hohen SED-Funktionärs wiedergegeben: "Wir haben Vertrauen zu Bundeskanzler Dr. Adenauer. Er wird an seiner Politik festhalten und auf keine sowjetischen Vorschläge eingehen" - womit nicht nur die Spaltung Deutschlands, sondern auch die SED erhalten bliebe.

Es hat, gerade 14 Tage vor Genf, keinen Sinn, sich in dieser Frage etwas vorzumachen. Aber es kann daraus nur eine Folgerung geben: allen objektiven Schwierigkeiten und psychologischen Widerständen zum Trotz unermüdlich darauf zu bestehen, dass das Problem der Wiedervereinigung entschlossen und so bald als möglich angepackt wird und nicht erst am Ende einer nach Dauer und Ergebnis ganz ungewissen allgemeinen Entspannungs- und Abrüstungspolitik.

Antonio Segni versucht sein Glück

PE - Rom, Ende Juni 55

Zum ersten Male in der Geschichte Italiens wurde ein Politiker aus Sardinien berufen, einen Ausweg aus der latenten und offenen Krise zu finden und den Geschicken des ganzen Landes vorzustehen. Der hochgewachsene, schlanke, scharfgesichtige, weißhaarige Segni hat nichts von der quecksilbrigen, typisch südländischen Geschäftigkeit Scelbas. Er ist ernst und zurückhaltend, wie es die Sarden zu sein pflegen, dabei aber ein vollendeter Kavalier in seinen Umgangsformen. Der vierundsechzigjährige Segni gehört, gleich dem kürzlich zurückgetretenen Staatspräsidenten Einaudi, einem Typus an, der heute in Italien wie anderorts selten geworden ist - dem Typus der Männer, die in der politischen Betätigung mehr eine Pflicht gegenüber der Allgemeinheit erblicken als ein Mittel, es zu persönlicher Macht, zu Einfluß und Reichtümern zu bringen.

Eine lange, ehrenvolle Laufbahn als Rechtslehrer führte Segni an die Universität der sardischen Stadt Sassari, wo er Handelsrecht las und zum Rektor gewählt wurde. Politisch begann er während des zweiten Weltkriegs zunächst in lokalem Rahmen hervorzutreten, indem er in Sardinien die ersten illegalen Gruppen der Democrazia Cristiana organisierte. Bald nach dem Sturz des Faschismus wurde man in Rom auf ihn aufmerksam, und De Gasperi berief ihn erst als Unterstaatssekretär, dann als Minister für Landwirtschaft, in seine Regierung.

Initiator wichtiger Reformgesetze

Selbst ein Grundbesitzer und Landwirt mit Leib und Seele, war Segni der gegebene Mann, um dieses Ministerium zu übernehmen, das ihm Gelegenheit verschaffte, eine Reihe sehr wichtiger Reformgesetze auszuarbeiten. Es ist recht bezeichnend, dass die auf seinen Vorschlag beschlossenen Grundentscheidungen ihn selbst betrafen und dass er hierdurch einen erheblichen Teil seiner in Sardinien gelegenen Ländgüter einbüßte. Besondere Wichtigkeit sollte in der Folge das von Segni vorgelegte Gesetz über die Regelung der Pachtverhältnisse erlangen.

Dieses Gesetz erhielt zwar nie in Rechtskraft, da das Parlament im Jahre 1953 aufgelöst wurde, ehe das Gesetz von beiden Kammern verabschiedet war, aber bei den späteren, schwierigen Diskussionen innerhalb der Regierung Scelba wurde allen neuen Lösungsversuchen immer wieder jene "Lex Segni" als Vorbild entgegengehalten. Es war insbesondere die Linksopposition, die unter Berufung auf diesen Entwurf Segnis alle Formeln der Regierung Scelba als einen Schritt zurück auf dem Wege der Reform anprangerte.

Zweifellos gehört Segni zu denjenigen christlich-demokratischen Politikern, die als Exponenten des Linken Flügels innerhalb der Partei gelten dürfen. Die Tatsache, dass die Parteileitung ihn jetzt an erster Stelle als Nachfolger Scelbas nominiert hat, läßt somit erkennen, dass die christlich-demokratische Parteileitung mindestens in ihrer Mehrheit den Augenblick für gekommen erachtet, den Forderungen der Linken weiter als bisher entgegenzukommen.

Die Aufgabe, die Segni zu lösen hat, ist freilich alles andere als einfach, und erst das Vertrauensvotum der Kammern wird zeigen, ob ihm ihre Lösung gelungen ist. Schon die Tatsache, dass Staatspräsident Gronchi Segni zuerst mit einer Sondierung beauftragte, ehe er ihm das Mandat zur Regierungsbildung übertrug, ist ein Zeichen dafür, wie unklar die Lage einstweilen noch ist.

Neuaufgabe der alten Koalition ?

Segni muß vor allen versuchen, eine gemeinsame Basis für eine erneute Mehrheitsbildung aus Democrazia Cristiana und den drei kleineren Mittelparteien - Sozialdemokraten, Liberale und Republikaner - herzustellen. Dies dürfte insbesondere bei den Liberalen auf Schwierigkeiten stoßen, die sich schon unter Scelba als entschlossene Gegner weitergehender landwirtschaftlicher und industrieller Reformen erwiesen haben. Darüber hinaus aber ist es Segnis Hauptaufgabe, den tiefen Riss zu leimen, der innerhalb der Democrazia Cristiana selbst entstanden ist und der zwischen dem rechten und dem linken Flügel dieser Partei schroffste Meinungsgegensätze hat aufkommen lassen. Dieser innere Kontrast ist es in erster Linie gewesen, der die Regierung Scelba zum Sturz gebracht hat, und es bleibt abzuwarten, ob und für wie lange es Segni gelingen wird, wenigstens nach außenhin eine gewisse Harmonie wiederherzustellen.

* * *

Der "Friedenskongress" in Helsinki

sp - Noch immer scheint man im Moskauer Krezl nicht begriffen zu haben, dass man mit Demonstrationen der 5. Kolonne, wie sie die "Weltfriedensbewegung" schlechthin darstellt, nicht das Vertrauen in der Welt wiederherstellt, sondern im Gegenteil Mißtrauen und berechnete Ressentiments auf den Plan ruft. Nicht anders konnte man deshalb im Westen auch dem sogenannten "Weltfriedenstreffen" von Helsinki begegnen, das vom kommunistischen "Weltfriedensrat" organisiert und einberufen worden war. Auf diesem Treffen gaben sich bekannte Kommunisten aus aller Welt ebenso ein Stelldichein, wie etwa die Leiter anrüchlicher Tarnorganisationen und einige Naivlinge, die immer wieder auf die kommunistischen Friedensschalmeien hereinfallen.

Größte Mühe hatte sich die Regie gegeben, um möglichst viele trojanische Pferde aus den großen Kirchen zur Teilnahme heranzuziehen. Darin hatte man - sieht man von der Zwangsbeteiligung der russisch-orthodoxen Kirche ab - sogar einen gewissen Erfolg, für den das Beispiel des kanadischen Pfarrers Candy typisch sein dürfte. Dieser Geistliche, der durchaus kein Kommunist war, fuhr nach Helsinki, wo er zunächst objektiv feststellte, dass der Kongress eine kommunistische Angelegenheit sei. Dann wurde er jedoch von geschicktesten Agitatoren in die Mache genommen, und da er anscheinend trotz seines Amtes kein großes Kirchenlicht war, verließ er, vom Paulus zum Saulus gewandelt, Helsinki.

In der "gesamtdeutschen" Delegation, in der neben Pankows zweiter Regierungsgarnitur vom Schlage Nuschkes Typen wie Elfee dominierten, herrschte eitel Freude darüber, dass sich Sowjetbeauftragte wie Ilja Ehrenburg sehr um das Deutschlandproblem bemühten. Dass dies ganz auf der Linie des Kremles geschah, störte natürlich die Anhänger des Pankower Regimes nicht, während es die Teilnehmer aus weltfremder Naivität nicht einmal zu bemerken schienen.

Im Übrigen aber ging das Treffen aus wie das Hornberger Schießen, da sich die "Friedensfreunde" aus aller Welt nicht dazu aufraffen konnten, einen einzigen konstruktiven Vorschlag zu machen, sondern sich darauf beschränkten, die Phrasen nachzubeten, die in der "PRAWDA" wie im "NEUEN DEUTSCHLAND" Tag für Tag zu finden sind.

Das letzte Besatzungsblatt verschwand

1. Die "Tägliche Rundschau", das Blatt der sowjetischen Besatzungsmacht, ist am 30. Juni eingestellt worden. Moskau folgte damit dem amerikanischen Beispiel mit halbjährigem Abstand.

Die "Tägliche Rundschau" wollte den sowjetischen Zeitungstyp nach Deutschland tragen. Das ist im Hinblick auf die sowjetischen Blätter weitgehend gelungen. Sie lesen sich heute alle wie kleine Ausgaben der "Prawda", ideologische Übersättigung des Lesers, unaktuelle Berichterstattung, Selbstkritik und Volkskorrespondenten-Arbeit hat ihnen die sowjetische Rundschau vorgemacht. Eine Wirkung auf die Bevölkerung blieb völlig aus und es ist keine Redensart, dass, vor allem auf dem Lande und an der Küste, ihr grosses Format - als Einwickelpapier - der einzige Anreiz war.

Dagegen ist der Einfluss auf die Zonenpresse bis heute sehr gross gewesen, denn die "Tägliche Rundschau" wurde selbst für das Informationsamt in Pankow zur Korsettstange, besonders dann, wenn sich Kursänderungen abzeichneten.

In den Jahren 1948-50 ging das MWD ein und aus. Mancher Abteilungsleiter, aber keiner der drei Chef-Redakteure, verschwand. Was das zuständige sowjetische Aussenministerium an Mitarbeitern nach Ostberlin schickte, war ausgewähltes Personal. Selten waren es Journalisten, meist ausgesuchte Leute mit guter, oft akademischer Bildung. Die Jüngeren davon stellten den typischen sowjetischen Intelligenzler dar, der sich der proletarischen Vergangenheit seiner Eltern kaum noch bewusst ist.

Die "Tägliche Rundschau" war ein Wetteranzeiger auch für die SED. Da sie jeden "Prawda"-Artikel zuerst veröffentlichte, genoss sie auch den Ruf des sowjetischen Sprachrohrs in internationalen Fragen. Mit Ausnahme des ersten Chefredakteurs Kirsanow war es die Eigenart der Redaktionsleiter, nicht selbst zu schreiben. Was unter den Namen "Orlow" und "Otto Schmidt" als Stellungnahme der Besatzungsmacht veröffentlicht wurde, kam aus Karlshorst, oder, via Karlshorst, aus Moskau. Insofern war die "Tägliche Rundschau" nie eigentliches Inspirationsorgan, sondern lediglich Übermittlungsstelle.

Man wollte die Zeitung schon vor einem halben Jahr einstellen, die politische Lage liess das damals aber als unzweckmässig erscheinen. Der neue Befehl kam sehr plötzlich. Er erfolgte nicht, um der Scheinsouveränität der DDR ein neues Mäntelchen umzuhängen - dann hätte es früher geschehen müssen. Bestimmend waren offenbar gesamt-politische und psychologische Überlegungen allgemeiner Art, eben im Rahmen der neuesten Entwicklung.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau